



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
BEI DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

HU/ln

Polit.Brief Nr.1

Neues Flüchtlingsproblem.

*Retour 19.2.*  
*En circulation*  
*n. l.*  
2.2.  
KÖLN-Bayenthal, den 29. Januar 1953  
Bayenthalgürtel 15  
Telephon: 3 30 31

Herr Bundesrat,

Noch ist es der Bundesrepublik nicht ganz gelungen, die gravierenden sozialen Probleme zu lösen, welche im Jahre 1945 durch das Einströmen von 9 Millionen Flüchtlingen aus Ostpreussen, Schlesien und dem Sudetenland entstanden waren. Immerhin konnten in den letzten Jahren der überwiegenden Mehrzahl Unterkünfte und Arbeitsplätze beschafft werden. Mitten hinein in diesen noch nicht abgeschlossenen Prozess zur Wiederherstellung der sozialen Ordnung ergiesst sich nun ein neuer Flüchtlingsstrom. Die verstärkte Sowjetisierung der Ostzone, die damit verbundene Verschlechterung der Wirtschafts- und Ernährungslage sowie die Säuberungsaktion innerhalb der ostzonalen Christlich-Demokratischen Union lösen eine Massenflucht nach Westdeutschland aus. Diese nimmt allmählich solche Ausmasse an, dass sich eine dauernde Veränderung der Bevölkerungsstruktur der Ostzone und insbesondere eine totale Vernichtung ihres Bürgertums abzeichnet. Eine Perspektive, die sowohl der Bundesrepublik wie der internationalen Politik heikle Zukunftsprobleme aufgibt.

In der Tat sind bereits in den drei letzten Jahren 500 000, meist Angehörige der bürgerlichen Schichten nach der Bundesrepublik geflüchtet. Vom 1. bis zum 26. Januar dieses Jahres flohen 32.000 nach Westdeutsch-

Herrn Bundesrat Max P e t i t p i e r r e  
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements  
B e r n

land. Das entspricht einem Rhythmus von 1000 Personen pro Tag. Gewisse Tage wiesen Rekordzahlen von 2000 Flüchtlingen auf. Wenn der Zustrom in diesem Ausmass anhält, so ergäbe das auf das Jahr umgerechnet über 300 000 Flüchtlinge.

Wie der Flüchtlingsminister mir sagte, wird die Massenflucht von den sowjetzonalen Machthabern in vielen Fällen nicht bekämpft, vielmehr geduldet. Dadurch, dass sie gegenüber grossen Gruppen von Flüchtlingen beide Augen zudrücken, gelingt ihnen eine gewisse Lenkung dieser Bewegung. Dies geschieht, wo es sich um Personen handelt, die man gerne los wird, also Kranke und Alte, oder Träger des inneren Widerstands, kurz Elemente, aus denen der totalitäre Staat kein Kapital schlagen kann. Ausserdem haben die Kommunisten erkannt, dass die Massenflucht solcher Elemente der Bundesrepublik ernste Schwierigkeiten bereitet, da sie mittellos und arbeitsunfähig sind und daher der Bundesrepublik hauptsächlich zur Last fallen.

Diese Entwicklung stellt die Bundesrepublik nicht nur vor ein politisches Zukunftsproblem, sondern vor ernste akute Schwierigkeiten. Besonders heikel gestaltet sich die Lage in Berlin, weil die meisten Flüchtlinge die Demarkationslinie dort überschreiten. Da die Flüchtlinge von Berlin per Flugzeug nach Westdeutschland verbracht werden müssen, kann der Abtransport und die Schaffung von Notunterkünften mit diesem Zustrom nicht Schritt halten. Es ergeben sich bereits grosse Stauungen und Verhältnisse unsagbaren Elends. Die Leute müssen in den bedenklichsten Unterkunftsräumen untergebracht werden.

- 3 -

Die Bundesregierung hat soeben für diese durch den Flüchtlingsstrom geschaffene Lage einen Kredit von 90 Millionen DMark bewilligt. Dies ist aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Eine wirklich bedrohliche Lage ist im Entstehen begriffen.

Das den Flüchtlingen gewährte Asylrecht ist in Westdeutschland nicht unbestritten. Seitdem in der Sowjetzone sogenannte Säuberungsaktionen stattfinden, befinden sich unter den Flüchtlingen in der Tat viele politisch unerwünschte Elemente: Personen, die bis jetzt den Kurs der Ostzonenregierung nicht nur mitmachten, sondern aktiv unterstützten; Leute, die zur Prominenz der Deutschen Demokratischen Republik gehörten. Gegen diese besteht höchste Erbitterung nicht nur in Westdeutschland, sondern ganz besonders unter den Ostflüchtlingen, welche durch diese Leute nur Unterdrückung erfahren hatten. Man befürchtet sogar, dass sich diese Spannungen in Gewaltakten Luft machen könnten.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

